



Magistratsdirektion der Stadt Wien
PRÄSIDIALBÜRO
des Bürgermeisters
Eing. 27. MRZ. 1992
abgelehnt
286/GM/92

ZUSATZANTRAG der GEMEINDERÄTIN Susanne Jerusalem
des GEMEINDERATES
GRÜNE ALTERNATIVE, eingebracht am 27.3.1992

betreffend: Die Aufgaben des Integrationsfonds

Begründung:

Die derzeit vorliegende kurze Aufzählung von Aufgaben des Integrationsfonds vermittelt ein nur sehr ungenaues Bild des Tätigkeitsbereiches.

Sie sollte daher um einige wesentliche Punkte, die charakteristische Merkmale eines derartigen Fonds repräsentieren, ergänzt werden.

Die Gemeinderätin Susanne Jerusalem

Der Gemeinderat

GRÜNE ALTERNATIVE,

stellt daher gemäß § 30 Abs 2 der Geschäftsordnung für den Gemeinderat der Stadt Wien folgenden

ZUSATZANTRAG:

Der Wiener Gemeinderat möge beschließen, die Aufzählung der Aufgaben des Fonds um folgende Punkte zu erweitern:

1. Der Integrationsfonds hat ein Recht auf Information von allen Dienststellen.
2. Der Integrationsfonds hat ein Recht darauf, von allen Dienststellen Stellungnahmen und Berichte in angemessener Zeit zu erhalten.
3. Der Integrationsfonds hat ein Veto-Recht bei Maßnahmen der magistratischen Dienststellen, die vorrangig Integration betreffen.
4. Der Integrationsfonds übernimmt die zentrale Koordinationsfunktion im Rahmen der Integrations- und Ausländerpolitik.

Unterschrift

Susanne Jerusalem